

Ralf Siemens, Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung

„*Streitkräfte in der Demokratie – Demokratische Streitkräfte?*“

anlässlich des Fachgesprächs „Armee im Einsatz und ‚Staatsbürger in Uniform‘“

auf Einladung von Paul Schäfer (MdB) am 8. April 2011

Anmerkung 1:

Streitkräfte bedürfen grundsätzlich und permanent einer öffentlichen Kontrolle. Nicht der Auslandseinsatz ist der Ernstfall, sondern die Bundeswehr.

„Jede Ansammlung von Macht... erzeugt in der Demokratie Spannungen, Misstrauen und Wachsamkeit. Die Bundeswehr ist ... das stärkste Instrument staatlicher Macht. Dieses Instrument bedarf der wachsamten Kontrolle.“ Weißbuch BMVg 1970

Dass die Bundeswehr ein staatlicher Gewaltapparat ist, und zwar der mit Abstand gewalttätigste, muss Ausgangspunkt aller Überlegungen ihrer Einhegung sein. Die Ausrichtung auf Kriege im Ausland ist „lediglich“ eine nachgeordnete Frage, die das Grunddilemma von Streitkräften in einer demokratischen Gesellschaftsordnung zu übertünchen droht.

Oder zugespitzt: Bräuchten die Streitkräfte keine Kontrolle, würde sie keine „Einsatzarmee“ sein? Wäre dann alles in Ordnung?

Anmerkung 2:

Streitkräfte sind in ihrer inneren Struktur potenziell demokratieabträglich.

Ihr Innenleben beruht auf streng hierarchische Unterordnungsverhältnisse. Das Soldatenhandwerk verlangt das Prinzip von Befehl und Gehorsam in Verbindung mit dem Einüben und der Anwendung militärischer Gewalt. Sowohl das Erlernen von Unterwerfung, somit die Akzeptanz von Grundrechtseinschränkungen, als auch das soldatische Handwerk stehen demokratischen und zivilen Leitbildern entgegen. Demokratiethoretisch erfolgt die Willensbildung von unten nach oben und erfolgt nach dem Mehrheitsprinzip. In den Streitkräften wird strikt von oben nach unten angeordnet und das Mehrheitsprinzip ist ihr wesensfremd.

Anmerkung 3:

Die Bundeswehr war stets attraktiv für Menschen mit weniger ausgeprägter demokratischer Grundhaltung. Auch hier sind die Streitkräfte aufgrund ihrer inneren Strukturen entsprechend anfällig.

Verweise:

2007er-Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SoWi) über

den studentischen Offiziersnachwuchs, wonach sie mehrheitlich einem „liberal-konservativen Weltbild“ anhängen als auch zu 13 Prozent Zielen der „Neuen Rechten“ zustimmen (Forschungsbericht 89, März 2010).

1992er-Studie über Orientierungsmuster Heranwachsender (SoWi Arbeitspapier 77): "Wer rechts ist, geht zur Bundeswehr".

Anmerkung 4:

Bis heute hat die Bundeswehr ihre Traditionsbezüge zur Wehrmacht nicht überwunden.

Hierfür aktuell: In den Jahren 2008 bis 2010 hat die Bundeswehr bei 20 Begräbnissen von Ritterkreuzträgern der Wehrmacht ein "militärisches Ehrengelicht" gestellt. Und seit Jahrzehnten: Traditionsnetzwerke bspl. der Gebirgs- und Fallschirmjägertruppe zwischen Angehöriger der Wehrmacht und der Bundeswehr bis heute.

Wer das soldatische Handwerk, die soldatische "Leistung", von dem Zweck trennt, fördert den Gedanken des "sui generis", der Betonung auf das Soldatsein unabhängig vom Auftrag und Wirken. Soldatische Tugenden wie Treue, Tapferkeit, Heldentum und Opferbereitschaft bis in den Tod von Wehrmachtssoldaten können aber eben nicht getrennt werden vom Charakter des Krieges als einen verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg, in der der Einzelne dem faschistischen deutschen Staat diene. Dabei ist es eben aus meiner Sicht völlig unabhängig, ob konkret der geehrte Wehrmachtssoldat an verbrecherischen Handlungen im Krieg beteiligt war oder nicht. Denn der Krieg selbst war ein Verbrechen und er diene einem verbrecherischen System.

Anmerkung 5:

Selbstverständlich verstößt der Alltag der in Gefechten stehenden Bundeswehrsoldaten gegen die Grundsätze der inneren Führung und verändern die Bundeswehr.

Dazu 2 aktuelle Beispiele:

-- FAZ-Reportage vom 13.02.2011 über einen Außenposten in der Provinz Baghlan Hier sei der Krieg "besonders schmutzig", da deutsche Soldaten "gemeinsame Sache mit gedungenen Schurken" machen. Die Bundeswehr mache jetzt gemeinsame Sache mit einem gewendeten Milizenführer namens Mullah Kahar, die vorher die Drecksarbeit für die Taliban erledigt haben. Und der führt seine Truppe eben nicht nach Grundsätzen der inneren Führung, sondern er peitscht die aus, die nicht spüren. Das sei für die Bundeswehrsoldaten "gewöhnungsbedürftig", meint ein Hauptfeldwebel. "Aber da halten wir uns raus."

-- Offensichtlich zunehmendes "Waffenposing"

Aber:

Misshandlungsfälle/-skandale in der Bundeswehr der letzten Jahre nicht einfach und reflexhaft mit den Auslandseinsätzen erklärbar.

Coesfeld 2004 versus Durchschlageübung eines Unteroffiziers-Lehrgangs Anfang der 1970er-Jahre. In beiden Fällen sind die Grundsätze der inneren Führung eklatant missachtet worden. In beiden Fällen gab es keine massenhaften Beschwerden der Betroffenen.

Anmerkung 6:

Die Auslandseinsätze bestimmen mehr und mehr das Selbstbild der Bundeswehr und den Blick der politischen Entscheidungsträger auf die Truppe.

Eine Kriege führende Armee, die nach Verwundeten- und Tapferkeitsorden, nach Ehrenmalen und Veteranentagen ruft, bewegt sich in die gesellschaftliche Außenseiterrolle – und damit in eine selbstgeschaffene Scheinrealität des Besonderen und Herausragenden. Eine Politik, die dies nicht nur toleriert, sondern auch fordert, leistet der Herausbildung eines elitären Selbstverständnisses Vorschub.

Andererseits: Die Anzahl der Bundeswehrsoldaten, die direkt in Gefechten und Kampfhandlungen beteiligt waren, ist immer noch vergleichsweise gering.

Anmerkung 7:

Die aktuell angestoßene Reform der Bundeswehr wird das Machtgefüge innerhalb der Bundeswehr nachhaltig auf die Spitze treiben.

Militärische Machtkonzentration in die Hände einer Person (GenInsp) als Oberbefehlshaber bei Abschaffung der TSK-Inspektoren, außerdem Aufweichung der Trennung zwischen Bundeswehrverwaltung und Truppe im Ministerium.

Anmerkung 8:

Eine verstärkte institutionelle politisch-parlamentarische Kontrolle durch den Wehrbeauftragten in der Truppe muss gestärkt werden.

Nur ihm sollte es unterliegen, die Truppe über sein Amt, seine Aufgaben und Befugnisse zu unterrichten. D.h., jede Ausbildungs- und Rekrutenkompanie muss von ihm bzw. seinen Mitarbeitern aufgesucht und entsprechend informiert werden. Seine Unterweisungen sollten aber nicht nur zum Ziel haben, sein Amt, seine Aufgaben und Befugnisse vorzustellen, sondern sollten Sensibilität an der Basis und dem nachwachsenden Unteroffiziers- und Offizierskorps für das schärfen, was Verstöße gegen die Innere Führung überhaupt sind.

Anmerkung 9:

Der "staatsbürgerliche Unterricht" muss endlich aus seinem Schattendasein heraus.

§ 33 Soldatengesetz: "Die Soldaten erhalten staatsbürgerlichen und völkerrechtlichen Unterricht. Der für den Unterricht verantwortliche Vorgesetzte darf die Behandlung politischer Fragen nicht auf die Darlegung einer einseitigen Meinung beschränken. Das Gesamtbild des Unterrichts ist so zu gestalten, dass die Soldaten nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung beeinflusst werden."

Dazu im Widerspruch ZDV 12/1 "Politische Bildung", die als Ziel festlegt, die Soldaten von der Notwendigkeit von Auslandseinsätzen zu überzeugen.

Wenn aber die IF als ein Konzept verstanden wird, das

1. der Integration der Armee in das demokratische Gemeinwesen gewährleisten soll
2. das Führungspersonal der Streitkräfte auf das Grundgesetz verpflichtet
3. grundsätzlich festschreibt, dass für Soldaten die gleichen Rechte und Werte gelten,

dann muss der "Staatsbürgerliche Unterricht" als politische Bildung angesehen werden, um dem Soldaten zu ermöglichen, sich ein eigenes Urteil über den Sinn seines Dienens, über Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr, zu bilden. Dabei sind die didaktischen Prinzipien der politischen Bildungsarbeit zu beachten: Indoktrinationsverbot oder auch Überwältigungsverbot und das Gebot, Kontroversen auch kontrovers darzustellen (Beutelsbacher Konsens).

Aus einer befohlenen Frontalunterweisung einer Kompanie mit mehr als 100 Soldaten durch einen häufig zeitlich wie pädagogisch überforderten Vorgesetzten während der AGA muss ein Bildungsangebot werden, dass

- Kleingruppenangebote zulässt
- durch pädagogisch erfahrene, zivile Referenten ergänzt wird
- den sozialen Background der Soldaten berücksichtigt
- auch außerhalb der Kasernen durchgeführt wird
- und zeitlich ausgeweitet wird (als Richtschnur Umfang von 5 Tagen).

Von der Friedensbewegung wird zu Recht der Bundeswehr vorgeworfen, sie verstoße mit ihren Einsätzen über die Jugendoffiziere an Schulen gegen die Grundsätze der politischen Bildung. Die Friedensbewegung sollte den Spieß umdrehen. Zu fordern ist der Zugang von entsprechend geschulten Vertretern der Friedensbewegung und der Friedens- und Konfliktforschung in die Kasernen, um für die Ausgewogenheit des "staatsbürgerlichen Unterrichts" beizutragen.